



NEWSLETTER III/2010

# NORD|SÜD *news*



## Brasiliens Gewerkschaften müssen wieder mobilisieren

In Brasilien amtiert Luiz Inácio Lula da Silva seit 2003 überaus erfolgreich als Präsident. Drei Viertel der Brasilianer geben dem früheren Metallgewerkschafter gute oder sehr gute Noten. Ob er allerdings seiner Wunschnachfolgerin Dilma Rousseff im Oktober zum Wahlsieg verhelfen wird, ist ungewiss: Lulas Arbeiterpartei PT ist auf eine Koalition mit Mitte- und Rechtsparteien angewiesen, und im Präsidentsystem kann die Figur des Kandidaten den Ausschlag geben. Chancen kann sich auch der Sozialdemokrat José Serra ausrechnen, der 2002 gegen Lula verloren hatte.

Wie beurteilen die brasilianischen Gewerkschafter die Lage nach siebeneinhalb Jahren Lula? „Die Bilanz ist überwiegend positiv“, sagt Paulo Mendes Filho vom Vorstand der Dienstleistungsgewerkschaft SEMAPI im südbrasilianischen Porto Alegre,

die dem Dachverband CUT angeschlossen ist: „Es ist fantastisch, dass mit Lula ein früherer Gewerkschafter Präsident ist, und er macht seine Sache gut. Das erfüllt uns mit Stolz“.

Durch Sozialprogramme oder die spürbare Erhöhung des Mindestlohns habe der Staatschef dafür gesorgt, dass die Früchte des Wachstums gleichmäßiger verteilt würden als je zuvor, meint Mendes. „Mit ihm haben wir gelernt, politisch geschickter zu agieren, mehr auf Dialog zu setzen“. Dank Lulas behutsamer Wirtschaftspolitik habe Brasilien die Weltfinanzkrise nahezu unbeschadet überstanden. „Schließlich“, sagt Mendes, „gefällt mir seine neue Außenpolitik, das Zugehen auf die Nachbarn und der Versuch, sich aus der Abhängigkeit von den USA und Europa zu lösen“. Als Schwachpunkt sieht er die Umweltpolitik. Sie

Weiter auf Seite 2



### Inhalt

#### Titel

- | Brasiliens Gewerkschaften müssen wieder mobilisieren ..... S.1

#### Kommentiert

- | Lulas erfolgreiche Bilanz ..... S.2

#### Vorgestellt

- | José Drummond, Emilija Mitrovic ..... S.3

#### Aus der Arbeitswelt

- | Guinea: Auftakt zur Versöhnung? ..... S.4
- | Vietnam: Betriebsfrieden war gestern ..... S.5

#### Aus Projekten und Kampagnen

- | Globale Betriebsräte gefragt ..... S.6
- | Solidarität auf Sendung; Futter zum Argumentieren ..... S.7

#### Notiert

- | Kein Frontalunterricht; Ernsthafte Spiele; Sonderwirtschaftszonen; Sommer IGB-Präsident S.8
- | Terminhinweise, Impressum ..... S.8

Fortsetzung von Seite 1



Kommentiert

komme bei der Wachstumsorientierung der Regierung Lula zu kurz: „Statt des Riesenstaudamms Belo Monte in Amazonien sollte man viele kleine bauen, und hier im Süden haben die riesigen Eukalyptusplantagen für die Zellstoffproduktion dramatische Auswirkungen auf die Landverteilung und das Ökosystem“. Der Agrarökonom weiß aus eigener Erfahrung, wie schwer sich die Linke mit der Ökologie tut. Seit 2007, als die CUT Umweltreferate einführte, ist er im Bundesstaat Rio Grande do Sul Umweltsprecher. Seine Gewerkschaft hat vor kurzem gezeigt, wie man erfolgreich soziale und ökologische Belange miteinander verbinden kann: Die rechte Landesregierung wollte ein riesiges Grundstück auf einem malerischen Hügel in Porto Alegre an Immobilienhaie verkaufen, 4.000 armen Familien hätte die Umsiedlung gedroht. Nach einer sechsmonatigen Kampagne, bei der die SEMAPI, die Betroffenen und PT-Abgeordnete eng zusammenarbeiteten, wurde das Projekt im Landesparlament gekippt. Auf Bundesebene sind die Fronten weniger klar. Was ist dran an den Vorwürfen konservativer Medien, Lula verwandle Brasilien in eine „Gewerkschaftsrepublik“? Schließlich haben zahlreiche Gewerkschafter Schlüsselpositionen in der Regierung oder verwalten als Vorstände von Pensionsfonds Milliardenbeträge. Paulo Mendes lacht. „Natürlich ist die Tatsache, dass jemand Gewerkschaftsmitglied ist, noch keine Garantie für tadelloses Verhalten. Und wenn man Teil der Macht wird, wächst die Gefahr, bequem zu werden, plötzlich geben Bürokraten den Ton an“. Unter Lula sei es nicht einfacher geworden, die Unabhängigkeit der Gewerkschaften zu wahren, sagt er diplomatisch: „Bei der Verringerung der Wochenarbeitszeit von 44 auf 40 Stunden oder bei der Agrarreform sind die Fortschritte recht bescheiden. Doch es ist sehr schwer, gegen eine befreundete Regierung auf die Straße zu gehen“. Er teilt die Kritik von links, unter Lula habe eine „Entpolitisierung der sozialen Kämpfe“ stattgefunden.

Allerdings dürfe man nicht vergessen, dass in Lulas Koalition wie auch im Parlament die Linke in der Minderheit sei, sagt Paulo Mendes: „Unsere Position ist stärker als vor acht Jahren, aber das Finanzkapital oder das Agrobusiness sind weitaus mächtiger“. Egal, wie die Wahlen im Oktober ausgehen, es gebe keinen Grund, sich auf den Lorbeeren auszuruhen: „Die Gewerkschaften müssen sich erneuern und vor allem wieder stärker auf die Basis zugehen“.

Gerhard Dilger



Der Autor ist freier Journalist in Brasilien.



Weitere Informationen: „Brasilien – Soziale Reformen und gewerkschaftliche Solidarität“ (2008) unter: [www.nord-sued-netz.de/medien/download](http://www.nord-sued-netz.de/medien/download)

## Lulas erfolgreiche Bilanz

**Wenn der Empfang, den die Arbeiter des Volkswagenwerkes in Anchieta bei São Paulo dem brasilianischen Präsidenten Lula an einem verregneten Junimorgen bereiten, repräsentativ ist für das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Präsident, dann sind die Beziehungen glänzend. Mit Jubelgesängen und Sprechchören feiern die VW-Arbeiter Lula als einen der ihren. Bei Zustimmungsraten um die 80 Prozent haben Präsident Lula und seine Regierung in den vergangenen Jahren offensichtlich vieles richtig gemacht.**

In der Tat kann Lula am Ende seiner Amtszeit eine beeindruckende Bilanz vorweisen. Auch wenn die Einkommensverteilung in Brasilien noch immer skandalös ungleich ist, hat sich die Lebenssituation für viele Arme in den letzten Jahren verbessert. Dies ist vor allem der Sozialpolitik der Regierung zu verdanken, die knapp 20 Millionen Menschen aus der Armut holte. Für weitere 32 Millionen Brasilianer hat sich die wirtschaftliche und soziale Lage so verbessert, dass man von einem, wenn auch bescheidenen, Fahrstuhleffekt nach oben sprechen kann.

Innovative Sozialleistungen, wie „Bolsa Família“, knüpften Transferzahlungen für mehr als elf Millionen Brasilianerinnen und Brasilianer an die Bedingungen Schulbesuch und medizinische Betreuung für die Kinder der Empfänger. Seit 2003 sind 8,5 Millionen neue formale Arbeitsplätze geschaffen worden, die meisten von ihnen allerdings im unteren Einkommensbereich. Seit 2002 wurde der gesetzliche Mindestlohn, den mehr als 42 Millionen Beschäftigte erhalten, auf (umgerechnet) knapp 200 Euro mehr als verdoppelt. Während der Amtszeit Lulas, der selbst nie eine Universität besucht hat, wurden 15 neue Hochschulen gegründet und 45 Universitäten erweitert.



Foto: © Katia Marko

Gewerkschaftsprotest gegen befreundete Regierung

Auch makroökonomisch ist Lulas Bilanz positiv. Die brasilianische Zentralbank sorgte für eine spürbare Erhöhung der Kreditversorgung. Die Regierung verdoppelte die Ausgaben für den Wachstumsbeschleunigungspakt. Dennoch waren die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Krisenbewältigung mit gut einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes vergleichsweise moderat. Geschickt konnte Lula das gewachsene Gewicht Brasiliens (und anderer Schwellenländer) für grundlegende Reformen im System der „Global Governance“ nutzen und die G20 etablieren, die in wesentlichen Fragen der internationalen Wirtschaftspolitik den „Reiche Länder Club“ der G 8 abgelöst hat.



Foto: © IG Metall

Horst Mund

Seit 2008 sind die wichtigsten unabhängigen Gewerkschaftsdachverbände offiziell anerkannt. Bei wesentlichen arbeitnehmerrelevanten Themen, wie der Rente oder im Arbeitsrecht, hat die Regierung Lula versucht, wenn auch mit mäßigem Erfolg, dreigliedrige Verhandlungen zusammen mit Arbeitgebern und Gewerkschaften zu etablieren. Dennoch: Für die brasilianischen Arbeitnehmer hat die Regierungszeit Lulas spürbare Verbesserungen gebracht. In den Stolz der VW-Arbeiter in Anchieta auf „ihren“ Präsidenten mischt sich Wehmut und auch Sorge darüber, ob die Nachfolgeregierung das Erreichte nachhaltig sichern kann und will.

Horst Mund



Der Autor leitet den Fachbereich Internationales beim Vorstand der IG Metall.



José Drummond

## Weitergereichte Solidarität

„Ich habe gespürt, wie machtvoll wir als Gewerkschafter sind“, sagt José Drummond, wenn er sich an die Anfänge seines gewerkschaftlichen Engagements erinnert. Als Student der Chemie und später als Arbeiter bei Volkswagen in São Bernardo do Campo hat er sich am Kampf gegen die Militärdiktatur in Brasilien beteiligt. Bei der BASF stand er auf der oppositionellen Gewerkschaftsliste und hat im Untergrund das Regime bekämpft. Gemeinsam mit Lula, damals Metallgewerkschafter, hat er Generalstreiks organisiert und 1983 den brasilianischen Gewerkschaftsdachverband CUT gegründet. Der 63-jährige wirkt ruhig und aufgeräumt, wenn er sagt: „Der Kampf hat sich wirklich gelohnt“. Durch seine Arbeit für die Chemiegewerkschaft in der Industrieregion ABC um São Paulo, in der allein 800 deutsche Betriebe angesiedelt sind, hat Drummond viele internationale Unternehmen kennen gelernt. Eine Weile war er im Vorstand der internationalen Föderation der Chemie-, Bergbau- und Energiearbeiter (ICEM) für Lateinamerika. Seit fast zehn Jahren koordiniert er nun für die CUT die Orga-

nisierung von gewerkschaftlichen Netzwerken in multinationalen Unternehmen. Eine Mammutaufgabe – Drummond's Lebensaufgabe. Herausforderungen motivieren ihn; man spürt seinen ungebrochenen Kampfgeist. „Wir müssen uns als Gewerkschafter besser international vernetzen, denn sonst werden wir abgeschlachtet“, sagt der Koordinator. „Internationale Solidarität ist wichtiger denn je, um den global vernetzten Unternehmen eine gewerkschaftliche Macht gegenüber zu setzen. Dazu brauchen wir aktive, demokratische gewerkschaftliche Netzwerke. Sie müssen mit den Unternehmen in einen Dialog treten“. Er träumt davon, noch tausende Netzwerke aufzubauen und zu konsolidieren. Dabei rücken immer mehr brasilianische Multis in den Fokus. Jüngst beteiligte sich Drummond an der Organisation des Streiks gegen den brasilianischen Konzern Vale in Kanada, eines der größten Bergbauunternehmen der Welt. Nach fast einem Jahr kam es im Juli 2010 zu einer Vereinbarung zwischen den lokalen Gewerkschaften und dem brasilianischen Unternehmen, das u.a. Lohnerhöhungen vorsieht.



Foto: © CUT

José Drummond

Gern gab Drummond hier die selbst erfahrene internationale Solidarität an die Kanadier weiter.

Nina Berg



Die Autorin leitet das Nord-Süd-Netz im DGB Bildungswerk BUND.

Emilija Mitrovic

## Belebende Widerstände

Broschüren und Unterlagen stapeln sich in dem kleinen Büro im dritten Stockwerk des Gewerkschaftshauses am Hamburger Hauptbahnhof. Zwischen Plakaten zum internationalen Frauentag und dem Foto ihrer 21-jährigen Tochter schreibt Emilija Mitrovic wissenschaftliche Studien und plant neue Projekte. Doch ebenso viel Zeit verbringt die umtriebige Gewerkschafterin draußen, wo sie seit ihrer Studie über Prostitution den Ratschlag der Beratungsstellen zu diesem Thema koordiniert oder Migrantinnen interviewt. Oder sie erkundigt sich nebenan in der gewerkschaftlichen Anlaufstelle für Migranten ohne Aufenthaltspapiere nach neuen Fällen. Diese Stelle hat sie vor zwei Jahren mitbegründet. Die freiberufliche Sozialwissenschaftlerin arbeitet seit sechs Jahren im Auftrag des ver.di-Landesbezirks und des DGB an solchen Projekten. Es sind die neuen Themen, die sie in die Gewerkschaft holt, – manchmal gegen Widerstände. „Es ist für die Gewerkschaftsarbeit sicherlich belebend, wenn sie nicht nur durch festangestellte Funktionäre gestaltet wird“, sagt Emilija Mitrovic schmunzelnd. Die Energie der 57-

Jährigen, die so viel jünger wirkt, ist fast greifbar. Als „linke Feministin“ beschreibt sich Emilija Mitrovic, die in Serbien geboren und als Sechsjährige nach dem Tod ihrer Mutter mit einer Tante ins westfälische Iserlohn gezogen ist. Als Schülerin trat sie der IG-Metall bei. Seit diesen Jahren brannte ihr, die selbst aus unterprivilegierten Verhältnissen stammt, das Thema soziale Gerechtigkeit unter den Nägeln. Ein bedeutender Einschnitt in ihrer politischen Sozialisation war der Jugoslawien-Krieg in den 90er Jahren: „Ich war durch meine Familie ja direkt betroffen.“ Nach dem Bosnienkrieg leitete sie ein EU-Projekt für Frauen. Emilija Mitrovic will verändern. Seit einem Jahr sitzt sie für ver.di im Aufsichtsrat der Tchibo-GmbH. „Ich möchte dort die Themen nachhaltige Beschaffung und fairen Handel diskutieren.“ Als Gewerkschafterin ist es ihr wichtig, „nicht nur die Tarife hier, sondern auch die Arbeitsbedingungen vor Ort“ kritisch unter die Lupe zu nehmen. Kürzlich wurde sie in den neuen „Rat für nachhaltige Entwicklungspolitik“ beim Hamburger Senat berufen. „Es wird sich zeigen, wie viel eigene Ideen wir dort



Foto: © Karin Desmarowitz/agenda

Emilija Mitrovic

einbringen können“, sagt sie, und ihre Augen blitzen kampflustig.

Michaela Ludwig/agenda



Die Autorin ist freie Journalistin in Hamburg.





Aus der Arbeitswelt: Guinea

## Auftakt zur Versöhnung?

**Mitte September entscheiden die Guineer über die Nachfolge der regierenden Militärjunta. Unabhängig vom Ergebnis haben Gewerkschaften bei der Zukunft des Landes eine Menge mitzureden.**

ein nationales Forum ein, wo die Opfer der vergangenen Regimes zu Wort kommen sollen.“ Damit sind auch die Opfer der scheidenden Junta gemeint. Ende September 2009, neun Monate nach dem Tod des autoritären Präsidenten Lansana

stration aufgerufen hatten. Und sie waren es auch, die nach den Ausschreitungen sofort auf eine Aufklärung drängten. Gewerkschafter nehmen in Guinea kein Blatt vor den Mund, dafür sind sie bekannt: noch im Frühjahr drohte der inzwischen bei einem Autounfall verstorbene Generalsekretär der Gewerkschaft „Union Syndicale des Travailleurs de Guinée“ (USTG), Ibrahima Fofana, den Militärs mit einem Generalstreik, sollten sie keine Rückkehr zur Demokratie zulassen. „Wir werden ein Jahr lang streiken, wenn die politische Krise nicht ge-



Foto: © Maxppp Toure Babacar/dpa/picture alliance

Nach dem Massaker an Demonstranten im September 2009 werden die Leichname der Opfer identifiziert. Ein Jahr später soll nun die Versöhnung beginnen.

Es ist eine Schicksalswahl, so viel steht fest: wenn am 19. September die Bürger im westafrikanischen Guinea zur Stichwahl an die Urnen gehen, entscheiden sie über nicht weniger als über die Zukunft der ehemaligen französischen Kolonie. Nach zwei Jahren Militärherrschaft wollen die Guineer einen zivilen Präsidenten wählen. Für die Stichwahl qualifiziert haben sich der ehemalige Premierminister Cellou Dalein Diallo, den viele für den Favoriten halten, und der langjährige Oppositionelle Alpha Condé. Der Gewinner muss nicht nur dafür sorgen, dass die Rohstoffreichtümer der Nation gerechter verteilt werden als bisher – Guinea ist trotz seiner Ressourcenschätze eines der ärmsten Länder Afrikas. Zunächst muss er garantieren, dass kein Bürgerkrieg ausbricht und das herrschende Militär das Ergebnis akzeptiert.

Die Frau, die das gemeinsam mit dem Präsidenten erreichen soll, heißt Rabiataou Serah Diallo. Die Generalsekretärin des Gewerkschaftsbundes „Confédération Nationale des Travailleurs de Guinée (CNTG)“ ist Chefin der Transitionsbehörde, die die Junta gegründet hat, um einen fließenden Übergang zwischen Militärherrschaft und Demokratie zu gewährleisten. „Die Guineer feiern ihre neugewonnene Freiheit“, freut sich Serah Diallo über den Wahlkampf im Land, der bislang friedlich verlaufen ist. Sie glaubt, das Land ist auf dem richtigen Weg: „Das ist nur der Auftakt zur nationalen Versöhnung – nach der Wahl richten wir

Conté und dem Putsch unter Moussa Dadis Camara, einem in Deutschland ausgebildeten Militäroberst, fielen Soldaten über eine Oppositionsdemonstration her. Sie töteten mehr als 150 Menschen und vergewaltigten hunderte Frauen auf offener Straße. Ein solches Ausmaß an Gewalt hatten selbst die seit Jahrzehnten unterdrückten Guineer noch nie erlebt. Zwei Monate später überlebte Camara, der sich hinter seine Truppen stellte, nur knapp ein Attentat. Sein Nachfolger Sékouba Konaté kündigte an, die Verantwortlichen der Gewalt vor Gericht zu stellen. Bislang ist das aber noch nicht geschehen.



Foto: © Str/EPA/picture alliance

Beim ersten Wahlgang im Juni stimmten viele für Diallo.

Mit Diallo an der Spitze der Transitionsbehörde halten viele Guineer es für möglich, dass die Rädelführer tatsächlich zur Rechenschaft gezogen werden. Guineas starke Gewerkschaften waren es, die am 28. September 2009 mit zur Demon-

stration drohte Fofana. Dass das keine leeren Drohungen sind, wissen die Militärs aus der Geschichte. Ex-Präsident Conté hatte das Land zwar mit eiserner Faust regiert. Doch den Gewerkschaften musste er sich immer wieder beugen. Anfang 2007 legten sie das Land für 18 Tage lahm, um unter anderem eine Senkung der staatlich kontrollierten Preise für Benzin und das Grundnahrungsmittel Reis durchzusetzen. Conté schickte Polizei und Militär in die Straßen, bei blutigen Gefechten kamen 59 Menschen ums Leben. Doch zum Schluss gab Conté in beinahe allen Punkten nach. Fofana und auch Serah Diallo waren die Anführer des Streiks gewesen. Viele hatten sich Serah Diallo als Präsidentschaftskandidatin gewünscht, doch sie entschied sich für ihren aktuellen Posten. Womöglich auch, um weiterhin als unbequeme Kritikerin agieren zu können. Denn fest steht: wer immer die Schicksalswahl im September gewinnt, wird einen breiten gesellschaftlichen Konsens suchen müssen. An den Gewerkschaften führt dabei in Guinea kein Weg vorbei.

Marc Engelhardt

Der Autor ist freier Journalist in Kenia

Weitere Informationen: Jens-U. Hettmann, Nach der Regierungsbildung in Guinea: Neue Hoffnung für die Demokratie?, FES 2010, [www.fes.de/afrika](http://www.fes.de/afrika)



## Betriebsfrieden war gestern

**In Vietnam wächst die Privatwirtschaft an den Staatsbetrieben vorbei. Neue Formen der Konfliktaustragung werden noch gesucht – auch vom alten Gewerkschaftsbund.**

„Aufwachen, du Schlafmütze! Du wirst nicht fürs Schlafen bezahlt!“ Die Stimme der Aufseherin schallt durch die Fabrikhalle. Es ist 22 Uhr. Die offizielle Arbeitszeit ist seit vier Stunden überschritten, es ist die dritte Nacht in Folge, in der sie arbeiten müssen.“ So schildert Carolin Philipps in dem Jugendbuch „Made in Vietnam“ die ganz normale Hölle vietnamesischer Fabrikarbeit. Die Szene spielt in einer Turnschuhfabrik in einem der Industriegebiete rund um Ho-Chi-Minh-City. Dort reihen sich die arbeitsintensiven Fertigungen der Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie, der keramischen sowie elektronischen Industrie dicht aneinander. Ihre Besitzer stammen häufig aus Korea, Taiwan, China oder den USA.

Seit Beginn von „Doi Moi“, der wirtschaftlichen Erneuerungspolitik, herrscht in Vietnam nach Doktrin der regierenden Kommunistischen Partei „Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung“. Etwa die Hälfte des rapide wachsenden Brutto-sozialprodukts wird nicht mehr von staatlichen, sondern von privaten Unternehmen erwirtschaftet. Dort sind vor allem junge Frauen beschäftigt. Sie kommen vom Land in die Städte und Industriezonen, angezogen von vermeintlich hohen Löhnen. Wenn sich im Rahmen bäuerlicher Subsistenz-

wirtschaft gerade mal etwa 200.000 Dong (umgerechnet etwa acht Euro) pro Monat verdienen lässt, dann ist der staatliche Mindestlohn von 1,3 Millionen Dong attraktiv. In der Stadt garantiert er allerdings noch nicht einmal das Existenzminimum. Die meisten Arbeiterinnen haben Überstunden bitter nötig. Das Arbeitsgesetz bestimmt zwar: „Die normale Arbeitszeit soll acht Stunden pro Tag und 48 Stunden pro Woche nicht überschreiten.“ In der Praxis sind jedoch 400 bis 500



Foto: © Ingrid Artus

Zwölfstundentage sind die Regel in Vietnams wachsender Privatwirtschaft: Textilfabrik in Danang

Überstunden pro Jahr die Regel, ebenso wie Zwölfstunden-Tage und Sonntagsarbeit. Die Überstunden und die niedrigen Löhne sind das größte Problem, das weiß man in den Reihen des Allgemeinen Bundes der Werktätigen (ABW) nur zu gut. Aber obwohl der ABW mit seinen rund sechs Millionen Mitgliedern erheblichen politischen Einfluss hat, tut er sich schwer damit, Abhilfe zu schaffen. Man ist an die befriedeten Verhältnisse in den Staatsbetrieben gewöhnt – nicht an die rauen Praktiken des globalen Kapitalismus. Der Versuch, ein Tarifsystem zu etablieren, macht zwar formal gewisse Fortschritte. Um aber nennenswerte Lohnerhöhungen zu erreichen, bräuchte es reale Druckmittel – etwa in der Form von Streiks. Theoretisch dürfte der ABW sogar streiken, wenn auch erst nach einem komplizierten Schlichtungsverfahren. Praktisch hat er das aber noch nie getan; er untersteht ja als Staatsgewerkschaft der Führung der Kommunistischen Partei und versteht sich in realsozialistischer Tradition als Institution

der Wirtschaftslenkung, die den volkswirtschaftlichen Schaden fürchtet. Außerdem haben seine Vertreter in den Betrieben häufig Leitungspositionen inne.

Trotzdem sind es unruhige Zeiten in Vietnam. Während der ABW das konfuzianische Ideal einer „harmonischen Gesellschaft“ anstrebt, gibt es in den Industriebetrieben jede Menge Konflikte. Die Streiks sind ohne Ausnahme illegal, werden staatlicherseits jedoch weitgehend toleriert. Und sie haben in der Regel Erfolg. Der ABW tritt dabei oft als Schlichter zwischen offiziell führungslosen streikenden Kollektiven und den Unternehmen auf. Seit 2005 sind die Arbeitskämpfe regelrecht explodiert. Im Jahr 2008 erreichten sie den Spit-

zenwert von 700 Streiks. Nachdem die Wirtschaftskrise vorübergehend für Ruhe sorgte, belebt sich die Situation neuerdings wieder – etwa in der Macallan Garment Company in Hanoi. Mehr als 1.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Textilfirma mit Besitzer in Hong Kong streikten im Mai 2010 drei Tage lang für die Zahlung des Mindestlohns, Sozialversicherungsbeiträge und Überstundenzulagen. Der Soziologe Le Thanh Sang hat die Wildcat-Streiks für die ILO (International Labour Organizations) untersucht und meint: „Die Spannung steigt, vor allem in den Foreign-Investment-Betrieben.“

Ingrid Artus

Die Autorin ist Professorin für Soziologie an der Universität Erlangen-Nürnberg

Weitere Informationen:  
[www.labournet.de/internationales/vn/artus.html](http://www.labournet.de/internationales/vn/artus.html)



Gewerkschafter gehören oft zur Betriebsleitung.





## Globale Betriebsräte gefragt

**Internationale gewerkschaftliche Netzwerke sind die Antwort auf globale Produktionsstrategien multinationaler Konzerne. Immer mehr knüpfen Kontakte in Asien und arbeiten auf einen Weltbetriebsrat hin.**

„Ein Netzwerk fängt unten an, nicht oben am Kopf. Sonst ist das eine Totgeburt“, findet Alfred Löckle, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats bei Bosch. Bei hunderten Fertigungswerken von Autoteilen bis Bohrmaschinen weltweit braucht das Knüpfen der Beziehungen Zeit. Zum Beispiel Brasilien: verschiedene Richtungsgewerkschaften in den Bosch-Werken mussten erstmal untereinander Zusammenarbeit einüben; mit ihnen wurde das Netzwerk 2001 begonnen. „Heute genügt manchmal eine erstaunte Anfrage aus der Zentrale, um in Brasilien Bewegung in stockende Verhandlungen zu bringen“, berichtet Löckle. Inzwischen haben sich Bosch-Betriebsräte auch in chinesischen Werken und sogar bei deren Zulieferern umgesehen. Während bei den Welttreffen des Netzwerks schon nach einem Weltbetriebsrat gefragt wird, ärgern sich die Kollegen in Malaysia noch mit einem staatlichen Prüfverfahren über die Zuständigkeit ihrer Gewerkschaft herum. In Indien stritten im vergangenen Jahr Boschbeschäftigte um ihre Tarife; sie wollen sich 2010 vernetzen.

Bei Siemens haben die indischen Kolleginnen und Kollegen das bereits geschafft. Mehr noch, sagt Dieter Scheitor, der sich seit 2005 bei der IG Metall um den Siemenskonzern kümmert: „Sie haben gleich eine Konföderation der indischen Gewerkschaften bei Siemens gegründet – in einem Land, das so groß wie ein Kontinent ist.“ Sobald die staatlich registriert ist, will der regionale Vertreter des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB) in Neu Delhi, Sudharshan Rao, ein Treffen anberaumen. „Die Löhne und Arbeitsbedingungen



Frage nach Weltbetriebsrat gestellt: Zusammenkunft des weltweiten gewerkschaftlichen Netzwerks bei Bosch 2009

sind von Betrieb zu Betrieb verschieden“, berichtet Rao. „Die Konföderation muss den Umfang der Tätigkeiten und Produkte der Firma verstehen, sonst können wir keine realistischen Abkommen über Löhne und Arbeitsbedingungen abschließen.“ Hauptproblem seien in Indien die niedrigen Löhne und die Auslagerung von Produktion an Firmen, die noch weniger zahlen, sagt Scheitor. Anders als bei Bosch gibt es bei Siemens noch kein internationales Rahmenabkommen. Scheitor: „Wir arbeiten daran.“ Es soll Mindeststandards auch für die ausgelagerten Betriebe enthalten. Wenn die Firma unterschreibt, bleibt ein Problem: die Prüfung der Einhaltung sei schwierig.

Noch in Arbeit ist ein internationales Rahmenabkommen auch beim Autozulieferer ZF. Seit 2007 nehmen zwei Brasilianer an den Sitzungen des Eurobetriebsrates in Friedrichshafen teil. Doch Bewegung kam in die Beziehungen erst mit dem neuen Arbeitsdirektor im August 2009, erzählt

Lilo Rademacher von der lokalen Verwaltungsstelle der IG Metall. Geprägt von Erfahrungen beim Volkswagenkonzern, habe der Interesse an einem Weltbetriebsrat gezeigt. „Daran basteln wir jetzt“, berichtet Lilo Rademacher, die in der Personalabteilung der Firma nun auch einen An-

sprechpartner für Internationales hat. Der kümmere sich, wenn Kollegen aus Brasilien über Verzögerungen bei der Ergebnisbeteiligung klagen, wie kürzlich geschehen. „Bisher ist der Konzern dezentral aufgestellt“, sagt die Gewerkschafterin, „doch das soll sich nun ändern. Go4ZF heißt die Überschrift dieser Neuausrichtung.“ Umso wichtiger wäre ein Weltbetriebsrat. Für alle Fälle hat sie sich schon mal nach den Verhältnissen in China erkundigt.

Der amerikanische Autohersteller Ford hat sich bereits global organisiert: „One Ford“ heißt sein Konzept. Mit Hilfe des IMB wurde 2007 die weltweite Zusammenarbeit der Gewerkschaften intensiviert. Seitdem gab es jährliche Treffen in London, São Paulo oder am Sitz der Firmenzentrale Detroit. Dort bekam das Netzwerk 2009 einen Vorsitzenden und zwei Sekretäre. Einer von ihnen ist Georg Leutert vom Ford-Werk in Köln. „Entscheidend ist, dass man die richtigen Leute für die Netzwerkarbeit findet“, weiß er aus Erfahrung, „damit nicht zu jedem Treffen jemand anders erscheint.“ Die gute Zusammenarbeit mit der amerikanischen Autogewerkschaft UAW sei wichtig für die Anerkennung des Netzwerks durch die Konzernzentrale. Eine Reihe von Ländern in Asien sind noch nicht vertreten, aber neben den westeuropäischen Standorten gehören Russland, Thailand oder Südafrika bereits dazu. Gerade für diese Länder müssten Mindeststandards in einem internationalen Rahmenabkommen festgelegt werden, findet Leutert. Gute Ansätze dazu gebe es schon.



Foto: © Dieter Hinkelmann

„Entscheidend sind die richtigen Leute“: Internationales Gewerkschaftstreffen 2009 am Sitz der Ford-Konzernzentrale in Detroit

Sigrid Thomsen



## Solidarität auf Sendung

**Mit kleinen Beträgen und großem Engagement unterstützt der „Solidaritätsfonds demokratische Medien in der Welt“ Radiostationen, Zeitungen und Journalisten im Süden.**

„Kommunikation ist die Basis für Organisation, das gilt für Gewerkschaften ebenso wie für soziale Initiativen“, sagt Paul Hell, Vorstandsmitglied und einer der Gründungsväter des Fonds, der sich vor 15 Jahren als gemeinnütziger Verein registrieren ließ. „Die erste Anfrage kam von einem Radiosender der Frente Amplio in Uruguay, die damals die Diktatur bekämpfte“, erinnert sich Hell, „dafür konnten wir die IG Medien gewinnen“. Heute ist ver.di offizielles Mitglied in dem kleinen Verein, und in Uruguay ist die Frente Amplio an der Regierung. Der Solidaritätsfonds hat mit nur 45 Unterstützenden und ohne Verwaltungsapparat 60 Projekte in 18 Ländern gefördert – von etwa 12.000 Euro im Jahr.

Ein weltweiter Zusammenschluss von kommunalen Radiosendern hat Geld bekommen, um international Sendungen auszutauschen. In Argentinien wird eine Arbeiterzeitung mitfinanziert, in Asien ein Rundbrief für Textilarbeiterinnen und -arbeiter, in Brasilien Materialien über Gesundheitsthemen

für Gewerkschaften, die man auch in Mosambik einsetzen konnte. In Südafrika zahlt der Fonds einmal im Jahr die Kosten für den „Bargaining Monitor“, eine Informationsquelle für gewerkschaftlich Aktive. In Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat des Hessischen Rundfunks konnten nach dem Tsunami drei Radiostationen in Indo-

nesien mit den Spenden der HR-Beschäftigten finanziert werden. Wer Geld bekommt, entscheidet der vierköpfige Vorstand, der zur Beurteilung der Anfragen auf weltweite persönliche Kontakte zurückgreifen kann. „Vereinszweck ist auch interkulturelle Begegnung und Austausch zwischen Nord und Süd“, ergänzt Paul Hell, der früher den Dachverband evangelischer Akademien beim Solidaritätsfonds vertrat. „Mit finanzieller Hilfe von kirchlicher Seite hat es schon mehrere Journalistenreisen gegeben – in beide Richtungen, Nord und Süd.“

 Weitere Informationen: [www.solifonds.de](http://www.solifonds.de)



Informationen über Arbeitsbeziehungen und Tarifverhandlungen für Gewerkschafter: der „Bargaining Monitor“ in Südafrika

Foto: © Solidaritätsfonds demokratische Medien

## Futter zum Argumentieren

**Die weltweite Wirtschaftskrise hat Argentinien weit weniger stark erschüttert als andere Länder. Dennoch kämpfen viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen vermeintliche Auswirkungen.**

Arbeitgeber rechtfertigen schlechte Arbeitsbedingungen, Einsparungen beim Gesundheitsschutz, befristete Arbeitsverträge und Lohnkürzungen gern mit der „Krise“. Deren ganz unterschiedliche Auswirkungen auf Industrieproduktion, Dienstleistungs- und Agrarsektor werden dabei kaum analysiert. Umso wichtiger werden fundierte und aktuelle Daten für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit: „Arbeiter, betriebliche Interessenvertreter und Gewerkschaftsvertreter müssen sowohl über ihre Rechte als auch über die ökonomische Situation genau informiert sein, um angemessen reagieren zu können“, sagt Norma Diaz, die für Bildungsmaßnahmen im gewerkschaftlichen Bildungsinstitut Centro de Estudios y Formación

Sindical (CEFS) in Buenos Aires zuständig ist. Auf die Argumente ihrer Arbeitgeber sind sie meist gar nicht vorbereitet.

Deshalb hat das gewerkschaftliche Bildungsinstitut CEFS 2006 das „Laboratorio Social Sindical“ (LAOS) gegründet, das ökonomische Analysen



Fortbildung zur Wirtschaft: Gewerkschaftsseminar

beispielsweise zu den Auswirkungen der Krise auf den Industrie-Sektor in Argentinien oder auf den Mercosur erstellt.

Auf deren Grundlage konzipiert das CEFS gezielte Bildungs- und Informationsmaterialien für Arbeitnehmer. Norma Diaz: „Gerade gewerkschaftliche Bildungsarbeit muss mit Materialien arbeiten, die auf die Situation der Arbeiter, der betrieblichen Interessenvertreter und der Gewerkschaftsmitglieder zugeschnitten sind und fundierte Argumentationshilfen für Verhandlungen mit Unternehmern beinhalten.“ Das DGB Bildungswerk BUND fördert diese Bildungsarbeit durch Materialhefte und Seminare zu Themen wie Arbeitszeit, Vertragsbedingungen und Arbeitsrecht sowie durch Beiträge in der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Debate y Trabajo“.

Susanne Hermen

 Die Autorin macht Öffentlichkeitsarbeit im Nord-Süd-Netz.

 Weitere Informationen: [www.cefs.org.ar](http://www.cefs.org.ar)



## Kein Frontalunterricht

Über Methoden in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit hat sich eine zehnköpfige Delegation der vietnamesischen Gewerkschaft für Industrie und Handel im August in Deutschland informiert. Auf Einladung der IG Bergbau Chemie Energie besuchten die vier Frauen und sechs Männer u.a. das IG BCE-Bildungszentrum in Bad Münde, wo sie bei einem Seminar für Betriebsräte hospitieren konnten. „Für die Vietnamesen ging es vor allem darum, Alternativen zum Frontalunterricht kennen zu lernen“, berichtet der internationale Sekretär der IG BCE Michael Wolters. Sie erkundigten sich in Hannover bei Vertrauensleuten und Mitgliedern einer Ortsgruppe über deren Bildungsaktivitäten und erfuhren in Hamburg von Betriebsräten der Firma Aurubis, wie die sich selbst zu Experten für Arbeitssicherheit oder für Schichtarbeit fortgebildet und die Arbeit im Betriebsrat geteilt hatten. Nguen Xuan Thai, Direktor der Organisationsentwicklung der 170.000 Mitglieder zählenden Gewerkschaft und Leiter der Delegation, zeigte sich mit den Ergebnissen der Gespräche in Deutschland sehr zufrieden. „Wir sind im Übergangsprozess zur Marktwirtschaft“, sagte er beim Besuch in Hamburg, „da können wir von den Kollegen hier viel lernen. Besonders interessiert uns die Rolle ehrenamtlicher Trainer. Wir werden prüfen, was wir davon umsetzen können.“ Die Entwicklung der Bildungsarbeit mit der vietnamesischen Gewerkschaft ist ein gemeinsames Projekt von IG BCE, IG Metall und der Friedrich Ebert Stiftung in Vietnam und geht noch bis zum Jahr 2013.



Foto: © Michael Wolters

Nguen Xuan Thai spricht mit Betriebsratsvorsitzenden bei Aurubis

## Ernsthafte Spiele

Sogenannte „Serious Games“ sollen das Lernen auf einladende, motivierende und spannende Art so gestalten, dass beim Erreichen von Lernzielen auch die Faszination des Spiels nicht verloren geht. Ob sie auch für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit taugen, soll ein Workshop vom 24. bis 26. September im Tagungszentrum Hattingen untersuchen. Unter dem Titel „Entwicklungspolitisches Edutainment? Einsatz, Entwicklung

und Wirksamkeit von Lernspielen in der (entwicklungs-) politischen Bildungsarbeit“ wird gefragt, was ein „Serious Game“ ist und wie es entsteht, wie lernwirksam solche Spiele sein können und welche es für den Bereich entwicklungspolitische Bildung bereits gibt.



Das Programm im Einzelnen steht im Internet unter: [www.nord-sued-netz.de/veranstaltungen](http://www.nord-sued-netz.de/veranstaltungen).

## Sonderwirtschaftszonen

Unter dem Titel „Sonderwirtschaftszonen – Entwicklungsmotoren oder teure Auslaufmodelle der Globalisierung?“ hat das DGB Bildungswerk BUND in Zusammenarbeit mit terre des hommes und dem Global Policy Forum Europe ein aktuelles Arbeitspapier herausgebracht. Auf mehr als 3.000 in 130 Ländern schätzt die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) die Zahl der Sonderwirtschaftszonen weltweit. Regierungen wollen damit ausländisches Investitionskapital in ihr Land holen und siedeln transnationale Unternehmen an, die in der Regel für den Export produzieren. Sie versprechen sich davon Beschäftigungseffekte, Wachstumsimpulse für die heimische Wirtschaft und Zugang zu Technologien. Das erste Kapitel des Arbeitspapiers gibt eine Übersicht über Formen und Ausmaß des weltweiten Booms von Sonderwirtschaftszonen. Im zweiten Kapitel wird erörtert, was die Regierungen zu ihrer Einrichtung bewegt. Das dritte Kapitel thematisiert die fiskalischen Effekte.



Wortlaut des Papiers: [www.nord-sued-netz.de/medien](http://www.nord-sued-netz.de/medien)

## Sommer IGB-Präsident

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer wurde Ende Juni beim Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) zu dessen neuem Präsidenten gewählt. Seine Vorgängerin Sharan Burrow aus Australien wurde Generalsekretärin des IGB und die erste Frau in diesem Amt. Michael Sommer erklärte sich zum Amtsantritt für die Finanztransaktionssteuer: „Wir müssen dagegen angehen, dass die arbeitenden Menschen als Opfer der Krise auch noch die Folgen der Krise bezahlen sollen. Auch deshalb brauchen wir die Finanztransaktionssteuer. Wir müssen weltweit kämpfen, für gute Arbeit, gegen Arbeitslosigkeit, für Lebenschancen von Jugendlichen und Frauen. Besonders geht es mir um die Bekämpfung jeder Form von prekärer Arbeit. Prekäre Arbeit ist die Geißel der arbeitenden Menschen“. Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt, die Regulierung der Finanzmärkte und ein neues Entwicklungsmodell gehör-

ten zu den Strategien aus der Krise, die von 1.400 Delegierten in Vancouver diskutiert wurden.

## Termine

**24.–26.09.2010**

Entwicklungspolitisches Edutainment? Einsatz, Entwicklung und Wirksamkeit von Lernspielen in der (entwicklungs-) politischen Bildungsarbeit  
| DGB Tagungszentrum Hattingen

**10.–15.10.2010**

Containerflut – Der Hamburger Hafen als Drehkreuz im Globalisierungswettlauf  
| DGB Tagungszentrum Hamburg-Sasel

**15.–17.10.2010**

Tagung zur gewerkschaftlichen Türkeiarbeit  
| DGB Tagungszentrum Hattingen

**17.–22.10.2010**

Verknappung von Öl als Treibstoff für Konflikte: Gefährdet der weltweite Energie- und Rohstoffhunger Frieden und Entwicklung?  
| DGB Tagungszentrum Hamburg-Sasel

**17.–22.10.2010**

Deutschland, Israel und Palästina: Schuldfragen, Interessen und politische Sympathien im Nahostkonflikt  
| DGB Tagungszentrum Hattingen

**12.–14.11.2010**

Tagung zur gewerkschaftlichen Brasilienarbeit  
| DGB Tagungszentrum Hattingen

**Anmeldung und Informationen:**

[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND  
Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock  
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich  
Verantwortlich: Nina Berg  
Redaktion: Sigrith Thomsen  
Satz: Achim Konopatki  
Druck: Setzkasten Düsseldorf  
gedruckt auf FSC-Papier

DGB Bildungswerk BUND  
Nord-Süd-Netz  
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf  
Tel.: 0211/4301-371, Fax: 0211/4301-500  
[nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de](mailto:nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de)  
[www.dgb-bildungswerk.de](http://www.dgb-bildungswerk.de)  
[www.nord-sued-netz.de](http://www.nord-sued-netz.de)

Spendenkonto: SEB Bank AG,  
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11